

AFGHANISTAN

Suche nach Hintermännern bei Geiselnahme

Der Krisenstab im Auswärtigen Amt fürchtet, dass politische Motive eine Rolle bei der Entführung des Deutschen Harald Kleber in Afghanistan gespielt haben könnten. Einer ersten Einschätzung der Sicherheitsbehörden zufolge setzt sich die Entführergruppe aus Männern aus seinem persönlichen Umfeld sowie Taliban-Sympathisanten zusammen. Kleber, der am Sonntagabend nahe der Stadt Herat verschleppt worden war, wird vorgeworfen, in Afghanistan Schulden nicht rechtzeitig zurückgezahlt zu haben; dies könnte ein Motiv sein. Zugleich mehren sich Indizien dafür, dass politische Interessen ebenfalls eine Rolle spielen. Je länger sich die Verschleppung hinzieht, umso größer werde die Wahrscheinlichkeit, dass Taliban-Sympathisanten an Einfluss gewinnen. Den Ermittlern zufolge haben sich die Entführer offenbar mit ihrer Geisel in Richtung eines Bergmassivs südlich von Herat abgesetzt. Der Krisenstab hofft nun auf die Vernehmung von Klebers afghanischem Schwager sowie seines Schwiegervaters, die während des Überfalls ebenfalls im Auto saßen, aber unbehelligt blieben. Die vier bewaffneten Entführer hatten es offenbar nur auf Kleber abgesehen, der als wohlhabend gilt und in Herat eine Wohnung sowie in dem Dorf Toteschi ein Haus besitzt. Unklar ist, welche



Haus in Toteschi, Kleber mit Frau (2005)

Rolle ein afghanischer Cousin von Klebers Frau spielt, dem sie ursprünglich versprochen war. Kleber hatte der Familie der Braut bei der Hochzeit vor rund zwei Jahren zwar 4000 Dollar gezahlt, der Cousin wird nun allerdings verdächtigt, eine Rolle bei der Geiselnahme zu spielen. Die afghanischen Behörden, die mittlerweile mehrere Verdächtige festnahmen, gehen bislang von einer familiären Fehde aus.

BAHN

Planung statt Bau

Bei der Deutschen Bahn AG sind staatliche Zuschüsse in Millionen-



ICE (in Berlin)

höhe, die für den Lärmschutz vorgesehen sind, nicht in Baumaßnahmen geflossen. Allein in diesem Jahr erhielt die Bahn vom Bundesverkehrsministerium 100 Millionen Euro für die Errichtung von Lärmschutzwänden entlang der ICE-Trassen. Verbaut wurden bis Ende Oktober lediglich 28 Millionen Euro. Ein beträchtlicher Teil fließe, so heißt es in einem internen Gutachten des Bundesrechnungshofs, in sogenannte Planungskosten, worunter zum Beispiel Ingenieursarbeiten und Projektentwicklung fallen. Diese Kosten liegen bislang bei fast der Hälfte der staatlichen Investitionssumme. Die Planungskosten dürfen jedoch lediglich 13 Prozent des In-

vestitionsvolumens betragen, schreiben die Kontrolleure in ihrer Expertise für den Bundestagshaushaltsausschuss. Doch mit dieser Vorgabe scheint die Bahn nicht auszukommen. Im Mai forderte sie das Bundesverkehrsministerium auf, weitere 94 Millionen Euro Planungskosten bis zum Jahre 2009 zu übernehmen, sonst sei die „Fortführung des Lärmsanierungsprogramms“ nicht gesichert. Sollte der Bund der Forderung nachkommen, heißt es in dem Rechnungshofpapier, „würde nahezu der gesamte Haushaltsansatz von 100 Millionen Euro für Planungskosten aufgezehrt, und es könnten nahezu keine Lärmschutzanlagen mehr gebaut werden“.

PARTEIEN

Aktiver Wahlkampf

In der vom ehemaligen Christdemokraten und Hamburger Justizsenator Roger Kusch gegründeten Partei „Heimat-Hamburg“ sind allem Anschein nach fragwürdige Finanzierungsmethoden an der Tagesordnung. Kusch soll von einem Mitglied, das für die rechte Splittertruppe bei der Hamburger Bürgerschaftswahl im Februar 2008 auf der Landesliste kan-

didieren wollte, Geld gefordert haben. In einer „Erklärung gegenüber dem Parteivorsitzenden“ verpflichtete sich das Mitglied im August, der Partei „bis zu 20 000 Euro“ zu spenden. Im September wurde der Mann in die gewünschte Position gewählt. Im November weigerte er sich aber, für eine Unterschriftensammlung knapp 2000 Euro locker zu machen. Im Dezember berief Kusch einen neuen Parteitag ein. Dort wurde der Mann abgewählt

und befindet sich nun mit „Heimat-Hamburg“ in einem Rechtsstreit über die Zulässigkeit seiner Abwahl. Parteisprecher Guy Seidel wies die Vorwürfe zurück. Es gebe „keine Kopplung von Geldzahlungen und spezifischen Listenplätzen“. Der Mann sei abgewählt worden, „weil er sich geweigert hat, aktiv Wahlkampf zu betreiben“.

Kusch

